

Bezugspreis:
Stückpreis 10,00 Mk., monatlich 3,00 Mk.
...
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abgegebene Nonpareilzeile
...
Wochenpreis 1,50 Mk., Monatspreis 4,50 Mk.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 24. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ueberreichung der Antwortnote in Paris.

Hungergewinne.

Die Regierung schreitet zu einer Neuregelung des
Außenhandels, um dem Ausverkauf Deutschlands
entgegenzuwirken. Die Außenhandelsstellen
sollen auf einen dem Valutastande entsprechenden
Preis der Waren bei der Ausfuhr hinwirken.

Ich sehe ganz davon ab, daß die Außenhandelsstellen
nicht exportieren werden, sondern im wesentlichen
nur auf eine angemessene Preisstellung der deutschen
Ausfuhrwaren hinzuwirken haben, was dringend
geboten ist.

Dementsprechend ist denn auch die am Nachmittage des
letzten Tages des Zusammenstehens der Nationalversammlung
im Volkswirtschaftsausschuss der N. B. beratene Verordnung
des Wirtschaftsministeriums gehalten gewesen.

Wie ist die Sachlage? Je tiefer der Stand unserer
Valuta, desto teurer die Preise im Auslande für unsere
Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr. Je tiefer der Stand
unserer Valuta, mit um so geringeren Mitteln kann das
Ausland deutsche Waren kaufen.

Nach brauche über den Ausverkauf Deutschlands an dieser
Stelle kein Wort zu sagen, er ist zu bekannt und zu ruinös,
als daß er gebildet werden könnte. Der nackte Selbst-
erhaltungstrieb zwingt uns, unsere Ausfuhr — und
wir müssen ausführen, um das zum Leben Notwendigste
wieder einführen zu können — zu Preisen geschehen zu
lassen, die sich den Weltmarktpreisen anpassen. Wie ist die
Frage.

Durch Bölle und Abgaben ist das Ziel nicht zu
erreichen. Nach dem Friedensvertrag dürfen wir nur Bölle
erheben, die für alle Länder gleich sind. Die Bölle nach
Oesterreich und nach den Vereinigten Staaten, den
— nicht nur nach dem Stande ihrer Valuta — ärmsten und
reichsten Ländern der Welt, müssen sich gleich sein. Ein Zoll
ist auch viel zu stark und kann sich den in kürzester Zeit erfol-
genden Schwankungen der Valuta nicht anpassen.

Eine Preiskontrolle und -regelung er-
scheint nur durch die schwerföndig und poritätisch zu-
sammengepackten Außenhandelsstellen möglich. Es kann nicht
allzu schwer sein für die einzelnen Rohstoffen des deutschen
Rohstoffes die Preise in den einzelnen Ausfuhrländern zu
ermitteln und danach die Angemessenheit der deutschen
Preise bei der Ausfuhr zu prüfen. Wer nicht diesen Preisen
entsprechend die der auszuführenden Waren bemißt, darf
keine Ausfuhrerlaubnis erhalten. Die Entscheidung hier-
über sollen die Außenhandelsstellen erhalten.

Soweit, so gut. Diefem Ziel der Regierungsvorlage
kann man also glatt zustimmen. Doch nun entsteht die wich-
tige Frage, wer soll die bei der Ausfuhr durch den Tiefstand
unserer Valuta erwachsenden, im Jahre in die Milliar-
den gehenden Riesengewinne erhalten? Der

Abreise der deutschen Friedensdelegation.

Havas meldet: Der Generalsekretär der Konferenz Du-
tasta übergab Dienstagvormittag 10 Uhr 15 Minuten in
seinem Kabinett im Ministerium des Aeußeren dem Chef der
deutschen Delegation Baron von Versner die Antwort
der Alliierten auf die deutsche Note vom 15. Dezember,
deren Text am Montag von den Chefs der alliierten Delega-
tionen aufgesieht worden war. Er begleitete diese Uebergabe
entsprechend den Instruktionen des Obersten Rates mit einem
mündlichen Kommentar. Baron von Versner erklärte Herrn
Dutasta, daß er wegen der Verkehrsschwierigkeiten und der
Wichtigkeit dieses Dokumentes dafür halte, seine Regierung
befragen zu müssen. Infolgedessen teilte Herr von Versner
mit, daß er am Dienstagabend mit allen Sach-
verständigen abreise und in Paris einen Vertreter
der deutschen Delegation zurücklasse. Er betonte, daß seine Ab-
reise ganz und gar nicht als Abbruch der Verhandlungen
aufzufassen sei. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß Du-
tasta bei seiner Mitteilung an Herrn von Versner hervorgehoben
hat, daß die Alliierten Verständnis für die wirt-
schaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands zeigten und auch den
Wunsch hegten, denselben Rechnung zu tragen. Der Generalsekretär
der Konferenz machte ferner den Chef der deutschen
Delegation darauf aufmerksam, daß im Falle des Nachweises
einer irrigen Einschätzung des gegenwärtig im Besitze Deutsch-
lands befindlichen Materials, auf welcher die Forderungen der
Alliierten sich gründeten, diese Ansprüche entsprechend
ermäßigt werden.

Notiz des B. L. B.: Eine amtliche deutsche Meldung liegt
noch nicht vor.

England hilft Denikin.

In Beantwortung einer Anfrage des Abg. Wilm im
Unterhaus erklärte Marineminister Churchill, jede Art
Bemühungen zum Zwecke der Reorganisation der
Eisenbahnen sei von der Mission unternommen worden.
Auch sei zu diesem Zwecke technisches Eisenbahn-
material im Werte von 500 000 Pfd. sowie Kleider
und Ausrüstungsgegenstände in ähnlicher Höhe
durch das englische Kriegsamt dorthin gesandt worden oder
werde noch gesandt werden.

Laut „Humanität“ erklärte Churchill in Beantwortung
einer anderen Anfrage, daß die Tätigkeit dieser britischen
Mission bei Denikin nicht im Widerspruch zu den Erklä-
rungen Lloyd Georges stehe, wonach England nicht beab-
sichtige, in den dortigen Krieg einzugreifen. Lloyd George
habe vielmehr stets erklärt, daß diese Mission ausreicht
erhalten bliebe, um Denikin zu helfen, und daß die
englische Regierung keineswegs beabsichtige, der tapferen Hal-
tung dieser Offiziere ein Ende zu setzen.

Angesichts dieses Vernichtungslampens vollzieht sich im
inneren Rußland die Annäherung der Arbeiter-
parteien.

Lenin, Trotski und Schützlerin sollen sich bereit erklärt
haben, die Politik des Terrors aufzugeben und die revolutionä-
ren Gerichte aufzuheben. Die Revolutionär-Sozialistin
Maria Spiridonowa, die aus der Haft entlassen wurde,
habe sich bereit erklärt, mit Lenin in diesem Sinne zu-
sammenzuarbeiten.

Nach Meldungen aus Reval ist Englands Vertreter bei
den baltischen Staaten, Oberst Tallens, aus Reval nach
London abgereist, um der englischen Regierung ein neues
Friedensangebot Lenins zu überbringen.

Exporteur, sei es nun der Kaufmann oder der Produzent
selbst? Welchen Rechtstitel kann er für einen im buchstäb-
lichsten Sinne des Wortes aus der Not des ganzen Volkes
erwachsenden Gewinn anföhren? Für einen Gewinn, der
um so größer ist, je größer die Not des Volkes ist? Und je
tiefer die Valuta sinkt, desto höher die Preise für Rohstoffe
und die dringlichsten Lebensmitteleinfuhren, und um so
größer die Gewinne bei einer zweckmäßig geregelten Aus-
fuhr. Und wenn ein Rechtstitel auf solche Gewinne bestünde
— doch besteht er nicht —, dann müßte er, als im Wider-
streit stehend mit dem elementarsten Rechtsempfinden des
Volkes, geändert werden.

Diese Gewinne in die Hand der Exporteure zu legen, in
etwas nur begrenzt durch einen „gewissen Betrag“ für so-
ziale Zwecke, stellt eine so ungläubliche Maßnahme dar, ist
so skandalös, heißt alle Volksinteressen so maßlosem Profit-
interesse zu opfern, daß man derartiges trotz allem, was man
heute beim Tanz ums goldene Kalb erlebt hat, für undenk-

bar halten sollte. Deshalb haben unsere Ge-
nossen im volkswirtschaftlichen Ausschuss
der Nationalversammlung einmütig bean-
tragt, die Valutagewinne bei der Ausfuhr,
neben der Inanspruchnahme für soziale
Zwecke, zur Ueberbrückung der durch den Tief-
stand der Valuta erwachsenden Einfuhrhindernisse
zu verwenden.

Das heißt also: Was wir gewinnen bei der Ausfuhr, soll
zur Verbilligung der Rohstoffe und der Lebensmittel und
damit für eine Preislenkung der Massenbe-
darfsartikel des Volkes verwendet werden. So könnte
zu einem wesentlichen Teile der Tiefstand der Valuta para-
lysiert werden. Und dazu können die kombinierten Ein- und
Ausfuhrstellen der Wirtschaftszweige die einzige Handhabe
bieten. Ein solcher Weg erscheint so naheliegend, so aus der
Not des Volkes geradezu herauswachsend, so in sich begrün-
det, daß die glatte Annahme des diesbezüglichen Antrages
unserer Genossen im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Na-
tionalversammlung hätte erwartet werden müssen.

Diese Annahme war falsch. Der Antrag ist gegen die
sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden, und
damit ist den Exporteuren dieses milliarden-
schwere Blutgeld, an dem der Hunger und die
Not der Armen leidet, gelassen worden. Wohl in
einem Rest von Schamgefühl verichweigt der Berichterstatter
des „Berliner Tageblatts“ in seinem Bericht über die Sitzung
des Volkswirtschaftsausschusses diesen Antrag und damit
auch seine Ablehnung.

Nun hat die Regierung das Wort. Sie kann
nach den von ihr im Reichstag verkündeten Grundföhren
diesem Skandal, dieser Verhöhnung jedes sozialen Interesses
nicht zustimmen.
Rudolf Wissell.

Was wird aus Kofsbach?

Die Regierung hat sich entschlossen, gegenüber den Bal-
tikummentern Gnade vor Recht walten zu lassen. Bei den
Truppen, die seit Monaten im Baltikum standen und dem
Befehl zurückzukehren nicht nachkamen, weil sie ein Anrecht
auf Siedelung zu haben glaubten, kann man in der Tat
mildernde Umstände ins Feld führen, zumal da ihnen von
ihren Offizieren und ihren Soldatenzeitungen vorgelesen
wurde, die Regierung wünsche gar nicht ihre Rückkehr, son-
dern habe den Befehl nur formal unter dem Druck der Ent-
tente ausgesprochen. Weniger gilt diese Entschuldigung für
die Verführer selber, für die Offiziere der Truppen,
die wissen mußten und wußten, daß sie in offener Auf-
lehnung gegen die Regierung handelten.

In keiner Weise aber kann das geltend gemacht wer-
den für das Detachment Kofsbach und seinen Führer.
Das Detachment Kofsbach stand nicht im Baltikum, ihm
waren keinerlei Versprechungen gemacht worden.
Es gehörte zur Besatzung Ostpreußens. Da im Oktober be-
kannt wurde, daß das Detachment die Absicht habe, nach
dem Baltikum herüberzugehen, wurde es mehr ins Innere,
nach Marienburg, verlegt und bekam entsprechende Marsch-
befehl. Auf dem Marsche aber drehte das Detachment um,
nahm noch die Hälfte eines Infanterieregiments mit, daß
den Befehl hatte, es aufzubalten, und überschritt teils auf
Schleichwegen, teils den Widerstand des Grenzschutzes mit
Gewalt brechend, die Grenze. Im Baltikum angelangt, er-
ließ es dann eine Proklamation, die eine offene Ver-
höhnung der Regierung darstellte.

Ein krasser Fall der Meuterei und Desertion ist nicht
denkbar. Läßt sich die Regierung eine derartige Proklamation
wirklich gefallen, so kann sie sich nicht wundern, wenn sie von
den Deutschnationalen einfach ausgelacht wird. Aber die
Regierung hat nicht nur die moralische, sie hat auch die
rechtliche Verpflichtung, Kofsbach und seine Helfershelfer
unter Anklage zu stellen. Das geltende Recht steht im
Reichen des Anklagezwanges (sog. Legalitätsprinzip). Die
Anklagebehörden sind verpflichtet, gegen jedes ihnen
zur Kenntnis kommende Verbrechen einzuschreiten. Die
Reichsverfassung sieht wohl die Möglichkeit der Amnestie für
verhängte Strafen vor, aber eine Niederschlagung schweben-
der oder anaustragender Prozesse ist rechtlich unzulässig. Da
öffentlich bekannt ist, daß das Detachment Kofsbach eine
schwere Meuterei verübt hat, so haben die zuständi-
gen Anklagebehörden in Aktion zu treten, andernfalls sie sich
selber eines strafbaren Vergehens schuldig machen.

Wir fordern hiermit öffentlich auf, gegen Leut-
nant Kofsbach und seine Leute wegen Meute-
rei und Fahnenflucht Anklage zu erheben.

## Die Glanz-Untersuchung.

Abg. Genosse Solimann, der Vorsitzende des von der Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Untersuchungsausschusses, sagte einem Pressevertreter: Die Verduldigungen Davidsohns und Baumerters werden allen Beschuldigten zur Gegenüberstellung vorgelegt werden. Erst dann wird die mündliche Verhandlung fruchtbringend sein. Es sind sehr viele Behauptungen aufgestellt worden. Ob auch nur für einen Teil davon Beweise vorliegen, wird erst in einigen Wochen festzustellen sein. Im Einvernehmen mit meinen Mitarbeitern habe ich den festen Willen, die Untersuchung ohne Ansehen der Person zu führen, um volle Klärung zu schaffen, die nicht nur im Interesse der Sozialdemokratie selbst, sondern in dem der Republik überhaupt liegt. Man tut aber gut daran, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten und nicht voreilig Urteile zu fällen. Sowie scheint indessen heute sicher zu sein, daß sowohl Herr Garben wie auch andere Behauptungen in die Öffentlichkeit schleudern, für die ihnen der Beweis fehlt, und daß ihnen Freilicht unterlaufen, die sie als solche bei gewissenhafter Prüfung hätten erkennen müssen. Die Beschuldigung, daß sozialdemokratische Volksbeauftragte 100 000 M. bereitgestellt hätten für den Tod Liebknechts und der Luxemburg, ist für jeden, der Männer wie Ebert, Landsberg und Scheidemann seit langen Jahren kennt, unfaßbar. Dieser fehlt auch nur der geringste Beweis für diese ungeheuerliche Behauptung.

(Sie ist von dem Vater des flüchtigen Sonnenfeld erneut aufgestellt worden, und er erbietet sich, sie vor Gericht zu beweisen. Red.)

## Zuerst die Tschechoslowaken!

Der Oberste Rat hat angeordnet, daß die deutschen Kriegsgefangenen nicht eher aus Sibirien abtransportiert werden dürfen, als bis sämtliche in Sibirien befindlichen Tschechoslowaken heimgeschickt sind. Die Bitte, zwei deutsche Dampfer, die bis Ende dieses Monats fertiggestellt sind, für den Heimtransport der deutschen Gefangenen aus Sibirien freizugeben, ist ebenfalls abgelehnt worden, da diese Schiffe an die Entente abgeliefert werden müßten. Die Frage der Heimsendung der deutschen Gefangenen soll der Gegenstand einer besonderen Vorlage bei der Entente sein, die bereits geändert hat, daß sie in ihren bezüglichen Entschlüssen auf die große Zahl ihrer eigenen, in jenen Gegenden weilenden Untertanen Rücksicht zu nehmen hat.

Die deutsche Regierung hatte jeden nur möglichen Weg beschritten, um den Heimtransport der Gefangenen aus Sibirien zu erwirken, doch alle Bemühungen sind an dem vom Obersten Rat festgehaltenen Standpunkte gescheitert.

Inzwischen ist die laufende Hilfs- und Fürsorgeaktion für die sibirischen Gefangenen durchgreifend erweitert worden. Eine deutsche Kommission trifft mit einem großen Liebesgabentransport von Medikamenten, Wollstoffen und Kleidungsstücken dieser Tage in Madjowsko ein und wird auch die in Amerika aufkauften 20000 Ausrüstungen zur Verteilung bringen.

Durch den Rückzug Kalkshofs ist ein Teil der Gefangenen in die Hände der Sowjet-Regierung gelangt. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, diese Gefangenen auf dem Wege über Sowjet-Rußland heimzuschaffen. Die Reichszentrale ist mit allem Nachdruck bemüht, diese Möglichkeit zu verwirklichen.

In der italienischen Kammer hat, allerdings nach einer Meldung des kriegsbeherischen „Popolo d'Italia“, Genosse Treves an den Minister des Aeußeren die Frage gestellt, ob Italien der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und der Auslieferung der deutschen Offiziere, die wegen Kriegsvergehen abgeurteilt werden sollen, zugestimmt habe.

## Protest der Beamten.

Der Deutsche Beamtenbund verbreitet folgenden Protest der Beamtenschaft gegen die unzulängliche Erhöhung der Teuerungszulagen:

Die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung hat die Beamten in eine geradezu untragliche wirtschaftliche Notlage versetzt, so daß sie nicht imstande sind, bis zur bevorstehenden Besoldungsreform mit ihren Bezügen auszukommen. Die Entwicklung der Angehörigengehälter und der Löhne der Arbeiter in staatlichen Betrieben hatte überdies ein immer größeres Mißverhältnis in den Einkommensverhältnissen zugunsten der Beamten herbeigeführt. Der Deutsche Beamtenbund hatte deswegen eine sofortige Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 150 Proz. beantragt, während von einem Teil der ihm angeschlossenen Gewerkschaften eine Erhöhung um 300 Proz. und darüber gefordert worden war. Der Beschluß der Regierung, zum 1. Januar 1920 eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 50 Proz. zu gewähren, dem die Nationalversammlung beigetreten ist, hat allgemeinen Unwillen in der Beamtenschaft hervorgerufen, der in zahllosen Protestkundgebungen zum Ausdruck kommt. Die letztere hat bei der Regierung ausdrücklich Verwahrung gegen die unzulängliche Erhöhung der Bezüge eingelegt und zugleich Beschwerde erhoben, daß diese Festsetzung ohne weitere Verhandlung mit der Organisation erfolgt ist.

## Fehlerhafte Gesetzesverkündung.

Ein Jurist schreibt und:  
Alle jetzt in Kraft tretenden Gesetze tragen die einleitenden Worte:

„Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.“

Nach Art. 88 Abs. II der neuen Verfassung ist aber allein der Reichstag, zurzeit also noch die Nationalversammlung, der ordentliche gesetzgebende Faktor des Reiches. Er übt die gesetzgebende Gewalt im Reiche aus, er hat Initiativ- und Sanktionsrecht. Kein Faktor der Reichsregierung ist aber der Reichsrat, der ja auch nicht das Recht der gesetzgeberischen Initiative hat, sondern lediglich auf ein Einspruchsrecht gegen vom Reichstag beschlossene Gesetze beschränkt ist. Seine in Art. 74 Abs. I dargelegte Mitwirkung bei der Reichsregierung ist einmal in sein eigenes Ermessen gestellt, dann aber auch ebenso wie die der anderen obersten Reichsorgane (Reichspräsident und Reichswirtschaftsrat) nur fördernd oder hemmend, nie entscheidend. — Lediglich die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung (d. h. die Vorlegung eines bestimmt formulierten Gesetzentwurfs an den Reichstag) bedarf der Zustimmung des Reichsrats (Art. 88 Abs. I Satz 1). Die Funktionen des Reichsrates sind also gegenüber denen des Bundesrats, von dessen Rat sich nur noch verschwindende Reste erhalten haben, geringfügig. Das liegt an der unantastlichen Tendenz der Verfassung, deren einheitstaatliche Züge verstärkt, während die bündischen geschwächt worden sind.

Wenn trotzdem die einleitenden Worte jedes Gesetzes die Wendung „mit Zustimmung des Reichsrats“ tragen, so ist damit wohl gemeint, daß der Reichsrat der Einbringung des Entwurfs zugestimmt oder gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz von seinem bedingten Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

Jedenfalls sind aber die genannten Worte, die rechtlich an die frühere Formel erinnern: Wir Wilhelm usw. verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags was folgt... irreführend, da sie nicht dem Sinn des Art. 88 Abs. II entsprechen, wonach die Reichsgesetze vom Reichstag (und nur von ihm) beschlossen werden. Es wäre nach dem Vorliegen also nicht nur zweideutig, sondern auch allein folgerichtig, wenn bei künftigen Gelegenheiten der überflüssige Ausdruck „mit Zustimmung des Reichsrats“ fortfiel, bevor dieser Fehler sich eingebürgert hat.

## Die Konsumenten im Reichswirtschaftsrat.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat bildet als erstes Wirtschaftsparlament eine für das Wirtschaftsleben der Nation vollständig neue Körperschaft. Er hat die Hauptaufgabe, nach den in der Reichsverfassung niedergelegten Grundföhen die wirtschaftliche Vertretung des Volkes erschöpfend und ohne Zeitverlust aufzubauen. Er soll sich darum nicht nur auf die Produzentenkreise beschränken, sondern — und das ist wieder etwas ganz Neues — auch den Konsumentenstandpunkt zum Rechte bringen. Mit der bisherigen Gepflogenheit im deutschen Wirtschaftsleben, ganz einseitig nur für den Markt zu arbeiten, muß, besonders mit Rücksicht auf die allgemeine Warenknappheit, gebrochen werden. Die Interessen des letzten Verbrauchers sollen möglichst mit zur Geltung kommen. Aus diesem Grunde sind im Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums unter den 200 Gliedern des Reichswirtschaftsrates 20 der Verbraucherschaft reserviert.

Gegen diese 20 Sitze, die nur ein Zehntel der Gesamtmitgliedszahl ausmachen, wird seitens der Industrie in zunehmendem Maße Sturm gelaufen. Es wird darauf hingewiesen, daß bereits die Arbeitnehmerschaft die Interessen der Konsumenten in weitestgehendem Maße vertritt.

Das ist durchaus nicht immer der Fall. Gerade von Seiten der industriellen Arbeitgeber wird in letzter Zeit häufig betont, daß die an der Ausgestaltung der Produktion interessierten Kreise der Arbeiter sich dem Produzentenstandpunkt immer mehr nähern. Darum muß es unbedingt zurückgewiesen werden, wenn die Industrie in ihrer Forderung nach Vermehrung ihrer Vertreterzahl diese Sitze der Verbraucherschaft entziehen will.

Die Konsumenten haben bisher in der deutschen Volkswirtschaft überhaupt keine aktive Rolle gespielt. Solange die Ueberflutwirtschaft der Vorkriegszeit herrschte, war das ebensowenig vorhanden, wie während des Krieges, wo der Staat den Verbraucherschutz durch die beherrschende Zwangswirtschaft und Preisfestsetzungen versah. Welche Bedeutung die Verbraucher aber für die neue Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens, besonders innerhalb der Selbstverwaltungskörper und in den Wirtschaftsräten haben, das ging schon aus der gegenständlichen Betätigung des Reichswirtschaftsrates für Konsumenteninteressen hervor. Es mag sein daß die Vertreter der Industrie sich nur schwer mit dem neuen Gedanken der Konsumentenvertretung abfinden können. Sie werden sich aber dazu herbeilassen müssen, den neuen Forderungen einer ganz neuen Zeit doch Rechnung zu tragen.

## Wird Vogel ausgeliefert?

Vor dem Gerichtshof in Harlem wurde wegen der Auslieferung des Oberleutnants Vogel verhandelt, der vorige Woche in der Nähe von Harlem verhaftet wurde. Sein Rechtsanwalt bestreitet die Zulässigkeit der Auslieferung aus zwei Gründen: 1. weil das Kriegsgericht in Berlin Vogel wegen der in Frage stehenden Tat bereits freigesprochen hat, und es nach dem holländischen Gesetz nicht statthaft ist, zweimal in derselben Angelegenheit ein Verfahren einzuleiten; 2. selbst wenn Vogel schuldig wäre, so wäre sein Vergehen als ein politisches (?) zu betrachten, für das das holländische Gesetz die Auslieferung nicht gestattet. Das Urteil wird später bekanntgegeben werden.

## Juristische Kabulistik.

Helfferichs Verteidiger veröffentlicht in der Presse eine lange Erklärung, warum er die Vollstreckung der vom Untersuchungsausschuss verhängten Geldstrafe durch das Amtsgericht Berlin-Mitte nicht als rechtmäßig anerkennen will. Nach der Reichsverfassung könne der Untersuchungsausschuss die Hilfe der Gerichte nur zum Zweck der Beweisaufnahme in Anspruch nehmen, zu weiter nichts.

Das ist natürlich juristische Kabulistik vom reinsten Wasser. Die Geldstrafe gegen Helfferich war verhängt, weil er auf Fragen eines Mitgliedes des Untersuchungsausschusses nicht

## Die Lichter von hüben und drüben.

Von A. Rattges.

Hinter den Fenstern des christlichen Vereinsthauses brennen die Kerzen am Weihnachtsbaum. Aber zutendel Schein spiegelt sich in den silbernen Wackeln und läßt das Engelspaar noch einmal so golden aufglänzen.

So strahlt es aus dem dunklen Tannengrün zum Fenster hinaus über die enge Gasse bis zur Behausung des Rabbars Trödler hinüber. Die Lichter am Weihnachtsbaum tropfen vor Stolz auf ihren schimmernden Glanz.

Drüben hinter dem Fenster des Trödlers flackerte vor ein paar Tagen eine Kerze auf, die ein mehrarmiger Leuchter trägt, am nächsten Abend brannte daneben eine zweite, am übernächsten eine dritte, und am achten Tage leuchteten acht Lichter.

Die Christbaumkerzen machten dazu große Augen. Erst waren sie verwundert, dann neidisch und gekränkt, weil sie nicht mehr allein über die dunkle Gasse hinwegleuchteten. Endlich aber siegte die Neugier, und ihre glühenden Zungen fragten von hüben nach drüben: „Ja, wer seid ihr denn eigentlich, was wollt ihr denn auf eurem alten vielhändigen Silberleuchter?“

Und von drüben kam folgende Antwort: „O, wir können euch sehr gut, denn ihr kamt ja viel später auf die Welt als wir, die Chanukakerzen.“

„Ach, ihr seid wohl jüdisch wie euer Herr, so, hm, hm,“ machten die Christbaumkerzen und rümpften ihre Räschen und pugten sie. Nach dieser kleinen Verlegenheitspause haben sie von neuem an:

„Gewiß, wir sind jünger, aber wir leuchten zum Reichen des Heilandes, der endlich die Welt erlöste. Ihr aber habt wohl keinen Sinn.“

Darauf die anderen: „Das meint ihr wohl ihr für die Eurigen brennt, wir aber leuchten für die Unserigen, die euren Heiland nicht kennen und noch auf ihren Weissas warten müssen.“

„Den unserigen, den wahren, haben die Eurigen ans Kreuz geschlagen!“

„Das wissen wir nicht, auch könnten wir nichts dafür, aber aus menschlichem Herzen wurden von jeher und jedem Volke Schuldige und Unschuldige kreuzigt. Ob euer Licht die Wahrheit ist, könnt ihr uns nicht beweisen.“

„Wir brennen zum Heilsteif und haben damit einen bestimmten Zweck.“

„Und wir brennen zu Chanukka, dem achtstägigen Feste der Tempelweihe vom 25. Kislev, zum Dezember, und zum Andenken an die Siege der Makkabäer über die Syrer, die Wiedererlangung der Religionsfreiheit und Neuerrichtung unseres durch Wägen dienst entheiligten Tempels. Das war schon 164 Jahre vor der Geburt eures Christlandes.“

„Qu, hm,“ machten die Christbaumkerzen neuerdings und blinzelten sich gegenseitig an, als ginge jedem von ihnen noch ein ganz besonderes Lichtlein auf.

Das bemerkten die Chanukakerzen und sagten hinüber: „Meint ihr eigentlich nicht auch, daß wir gar keinen Anlaß haben, auf einander eiferlich zu sein und uns zu streiten. Ihr leuchtet zu eurem Heil, wie wir zu dem unserigen, und da wir eben einmal zu gleicher Zeit da sind, sollten wir uns hübsch miteinander vertragen.“

„Ihr habt recht,“ rief da der Chor der Christbaumkerzen und strahlte hell auf: „Ihr leuchtet drüben und wir hüben in unsere Kammern und erstreuen damit die Menschen. Beide leuchtet wir auch in die dunkle Gasse hinein, und wer dieses Weges geht, dem brennt er und unser Licht.“

Die Chanukka- und die Christbaumkerzen taten, wie gesagt: Einträchtig erstreuten sie das Auge und das Herz eines jeden, dem das Licht in der Finsternis angenehm war. Nur das lichtscheue Gefindel schämte entweder auf die einen oder die anderen, oder auf alle beide, weil es nichts Gutes im Sinne hatte.

Professarisches Theater. Die Organisation, die sich unter dem Namen „Bund für proletarische Kultur“ gebildet hat und für die Arbeiter Kunst vermitteln will, brachte am Sonntagmittag im großen Saal der Philharmonie eine dramatische Dichtung „Freiheit“ von Herbert Kranz zur Aufführung. Obgleich es sich um eine Wiederholung handelte, war der mächtige Saal schon eine halbe Stunde vor der Vorstellung beinahe gefüllt. Nummerierte Stühle gab es nicht. Wie die Besucher kamen, nahmen sie Platz. Das breite Podium mit dem steilen aufsteigenden Terrassenbau verriet nichts von einer Vorbereitung für das Bühnenbild. Das einzige war ein kleiner rotfarbener Wandstern in der Mitte. Nach einer Begrüßungsansprache wurde, da der Vorhang fehlte, der Raum für einen Augenblick verdunkelt. Dann sah man vor dem Hintergrund, der jetzt aus der Situation als Wand einer Gefängniszelle kennlich wurde, einen eng gedrängten Kreis jugendlich kraftvoller Männergestalten und eine Frau: erste Sturmwohle der nahenden Revolution, die, eingekerkert, der Verkündigung ihres Urteils harren — rebellische Matrosen, Soldaten, die dem Kommando, auf das Volk zu schießen, den Gehorsam verweigerten. Sie können es nicht lassen, daß sie das Beste, was sie je geben, mit ihrem Leben bieten sollen, glauben wieder und wieder den Schrei der Weiber zu hören, die die Kerkerworte sprengen werden. Die lange schneefußhohe Stimmung und das dumpfe Grollen revolutionären Geistes erhielt unter Karl Heinz Martins, des früheren Regisseurs der „Aribane“, trefflicher Leistung in den Bewegungen des Chors und den Abmühen der Weiblichen ein starkes lyrisches Relief.

Aber der Dichter vermag die Vision nicht festzuhalten. Ihm schwebt ein großer und erhabener Gedanke vor: daß in dem Ringen um die Freiheit die Seelen von der Würde allerhöchsten Gedehrens sich klären zur höchsten inneren Freiheit. Doch seine Ausdrucksmittel versagen. Die Symbolik hat etwas willkürlich ausgeklügeltes Konstruiertes. Den Gefängniswärter, der das Todesurteil verkündet, bestimmt die Schar, sie loszulassen. Er weiß, man wird ihn dafür selbst erschlagen. Aber das Mitleid regt. Er leitet der Frau den Freischlüssel aus. Ein Strahl der Freude glänzt auf allen Gesichtern. In des der Frau kommen nun Strudel. Niemi es denen, die für die Freiheit stritten, ein solches Opfer an-

nnehmen? Und schließlich krönt sie diese allzu provozierend edelmütigen Erwägungen damit, daß sie den Schlüssel, der den Weg ins Freie öffnen sollte, aus dem Fenster wirft. Ein peinlich unwahrscheinlicher Literateneinfall, der mit „proletarischer Kultur“ wohl nichts zu tun hat! Begreifliche Empörung der Männer, von denen man einige nach des Autors Ratichluß ein Gerede beginnen: Sie wollten, ehe sie sterben, noch das Blut der Liebeskosten! Nun kann die Frau die Wartenden von dem Widerspruch derartig niedriger Gesinnung mit ihrem eigenen wahren Willen, wie er sich in dem Freiheitskampfe kund getan, überzeugen und ihnen die würdige Haltung verleihen. Die Szenen halten sich, bei aller guten Absicht, von wirklich volkstümlichem Empfinden reichlich weit entfernt. A.

Eine Reformationsbibliographie. Es fehlt bisher an einer brauchbaren Bibliographie der deutschen und lateinischen Drucke aus dem Zeitalter der Reformation. Jetzt will der Archivar Karl Schottenlober diese Lücke ausfüllen. Antike Mittel sollen der neugegründeten Kommission für Geschichte der Reformation und Wapenreformation von der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt sein. Das druckfähige Verzeichnis der Literatur der kirchlichen Bewegungen in Deutschland in der Zeit von 1500—1535, beträfe also auch die Geschichte des deutschen Bauernkriegs.

## Heilige Nacht.

Die Lichtlein flackern still im Wackel.  
Der Vater denkt am Heil des Christ,  
Ob denn und wie die Propheten  
Des Staatsbankrotts noch möglich ist.

Striede hat am Tag der Liebe  
Dem Bräutigam Fritz der grad bedankt,  
Wie er zehn hüben und zwanzig drüben,  
Sechs Strümpfe und ein Domb gebrannt.

Der Karl hat innerhalb drei Wochen  
Sechshundert Mark im Klub verliert,  
Wann hat ihm heut tiefgebrochen  
Ihr Spurbuch heimlich zugestellt.

Mein-Bunnen nur freut sich im Stillen  
Der Gruppen und der Wachenzeit,  
Ihr Auge glüht Erbitz-willen,  
Wenn es die zarten Blämmchen trifft.

Hans Bauer.

Mark Gänzburg gab im Blüthenaal einen Klavierabend, der sehr interessierte. Wenn man ablieht von Beethoven op. 27 Nr. 2, so gelang alles vortrefflich: Schumanns Corneol und in sehr fesselnder Weise die Russen Arensky, Sench Balakirew. Der sehr temperamentvolle Spieler verfügt über eine brillante Technik und ausgeprägten Rhythmus.

Wriede Kesser-Cohn zeigt vier Konzerte an. Mit welchem Recht? Ihr resoluter Strich weist auf guten Unterricht, ihr ungleichmäßiger, von Nebengeräuschen nicht freier Ton lehrt, daß weiterer Unterricht nottut. Sie zeigt ein schwaches Nachkonzert etüdenhaft herunter, teilnahmslos und ohne zwingende Begehr, daß

# Groß-Berlin

## Aus tausend und einer Nacht.

Auf dem Wedding ist's. Die Festerunde glebt eben Scharen heimkehrender Arbeiter auf die Straße. Unter heiteren Gesprächen streben sie zu „Muttern“. Händler stellen sich ihnen in den Weg, bieten rutilige Kuchläse an, Heringe, Weihnachtsäpfel und Raffosentel, die echten. . . . Aber es zieht nicht. Kahllos wälzt sich der Menschenstrom vorüber an den Auslagen.

Da plötzlich bildet sich eine Fasel. Gibi's etwas Neues zu sehen? — Ja, „Madins Wunderlampe, das Märchen aus tausend und einer Nacht!“ Und wirklich, wie ein Märchen mutet es an: Aus kleinem rundem Blechgefäß mit aufgeschraubtem Brenner schießt eine strahlend weiße Flamme, leuchtet stark und klar ins Dunkel, und die leichte Abendbrise bringt sie nicht einmal zum Flackern.

Alles staunt. Der Mann mit dem Klappstisch aber entzündet eine Lampe nach der anderen und baut sie auf in ausgereicherter Reihe, als wolle er, wer weiß für wen, illuminieren. . . .

Dreißig Augenpaare blicken in das Wunder. Dreißig Leiber umdrängen den Tisch. Die Spannung steigt, und endlich öffnet sich des Häublers Mund:

„Es ist ganz einfach, meine Herrschaften. Man schraubt das Ding hier auseinander, füllt ein paar Teelöffel Karbid hinein, stellt den Apparat in einen alten Lattenkoff mit etwas Wasser, wartet zwei Sekunden, das Gas hat sich entwickelt, steckt an und hat die schönste Festbeleuchtung. . . .“

„Was kostet denn das Ding?“  
„Zwei fünfzig, Herr Nachbar, bei der Lebensmittelpreise! . . . Aber es ist praktisch, zwei Jahre können sie's haben bei anständiger Wartung.“

„Ich kaufe die Lampe nebst „genauer Beschreibung“, eile nach Hause mit meinem Schatz, probiere ihn heimlich und rufe meine Frau. — Die staunt Bauflößer und pläht los: „Mann, was für 'ne famose Erfindung bei den hohen Gaspremiem.“

„Nicht wahr, Frau, und noch eins, da können wir Statbrüder dem Kohlenminister mit seiner Sperrstunde aber ein tüchtiges Schnippchen schlagen.“

### Unwürdige Zustände.

Durch die Anlagerung der Mietseingangsämter an die Berliner Wohnungsinspektionen ist das Mietseingangsamt 7 am ankerlichen Ende des Becks, in der Greifswalder Straße, Ecke Kurische Straße, in Räumen untergebracht worden, die weder dem Ansehen der Stadt, noch der Arbeitsfreudigkeit der Angestellten dienlich sind. Die Räume einer notdürftig hergerichteten früheren Gastwirtschaft wurden für würdig befunden, das Mietseingangsamt aufzunehmen. Abgesehen davon, daß jeder Besucher des Amtes einen Teil der Anfrischkaffe der Wände auf dem Rücken davonträgt, sind die Korridore so eng und windlig, daß bei einer eventuellen entstehenden Panik Besucher und Angestellte direkt Lebensgefahr laufen. Die Arbeitsräume sind unbehaltlichmäßig klein und behaut, so daß ein Teil der Angestellten auch am Tage geradezu im Dunkeln sitzt. Von den beiden Verhandlungszimmern ist das eine nicht warm zu bekommen; die Verhandlungen werden daher von Vorstehenden und Beisitzenden im Paletot geführt. Im anderen Zimmer dagegen strahlt ein eiserner Ofen derartig Wärme aus, daß ein Kapitulieren fast geboten werden könnte.

Beim Publikum wie bei den dort Tätigen wird mit diesen unwürdigen Zuständen der Ansehen erweckt, als ob das Amt ein unbehagliches und unangenehmes Anhängsel der Stadtverwaltung sei, das man je eher je lieber in die Versenkung verschwinden ließe.

### Die neuen Brot- und Mehlpreise.

Der Lebensmittelausschuß Groß-Berlin beschloß in seiner Sitzung am 22. d. Mts., vom 5. Januar 1920 ab den Preis für das 200-Gramm-Brot auf 2,36 M. und für die 50-Gramm-

Schrippe auf 7 Pf. festzusetzen. Das Großbrot von 2850 Gramm kostet demgemäß 2,76 M., das Kleinsbrot von 1850 Gramm 2,66 M. Der Preis des Weizenmehls im Kleinhandel beträgt künftig 78 Pf. je Pfund.

Die Preissteigerungen entsprechen der von der Reichsgetreidekasse eingeführten Verteuerung des Mehls um 48,50 M. je Doppelzentner; zum kleinen Teil beruhen sie auf der gleichzeitig in Kraft tretenden Verdreifung der Umlagssteuer.

Der Lebensmittelausschuß erhob ferner entschiedenen Einspruch dagegen, daß das Reich nicht nur die Getreideablieferungsprämien

## An unsere Abonnenten!

Eine bisher unerreicht dastehende Erhöhung der Preise für die zur Herstellung der Zeitung notwendigen Rohmaterialien und eine weiter erforderliche Lohnherhöhung zwingen uns, wenn die Erscheinung der Zeitung sichergestellt werden soll, den monatlichen Abonnementpreis um 1 Mark zu erhöhen. So beträgt daher der Abonnementpreis

ab 1. Januar 1920 M. 4,50 pro Monat und Exemplar.

Wir setzen in unsere Abonnenten und Anhänger das Vertrauen, daß sie die schwierige Lage, in der sich der „Vorwärts“-Verlag sowie das Zeitungsgewerbe im allgemeinen bei den unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht vor auszusehenden sprunghaft steigenden Preisen aller Materialien befindet, würdigen. Wir erwarten deshalb auch, daß unsere Abonnenten nach wie vor treu zum „Vorwärts“ stehen und sich bemühen, durch eifrige Propaganda für ihr Blatt neue Abonnenten zu gewinnen.

Der Verlag des „Vorwärts“.

auf die Verbraucher abwälzt, sondern gleichzeitig auch die früheren Reichszuschüsse zur Getreideversorgung eingestrichelt und dadurch eine weitere Verteuerung des Brotes herbeigeführt hat.

### Wie es gemacht wird!

Der Architekt Kleber, Kastanienburger Str. 20, ist Verwalter einer Anzahl Grundstücke im Nordosten Berlins und zugleich als Wohnungstaxator — wir nehmen an ehrenamtlich — bei der siedenden Wohnungsinpektion tätig. Er legt also in einer Periode einmal als Verwalter und dann als Taxator die Mieten der Wohnungen der von ihm verwalteten Grundstücke fest. Dieser Lage ertheilen nun fast sämtliche Mieter des Hauses Eibinger Straße 85, welches ebenfalls von Herrn Kleber verwaltet wird, die Mitteilung von einer ganz gewaltigen Erhöhung des Mietpreises. In dem Schreiben befindet sich folgender Vermerk:

„Die Mietssteigerung ist durch Verfügung der 7. Wohnungsinpektion Nr. 1708 W. J. 19 vom 18. November 1919 genehmigt.“

Das Haus Eibinger Str. 85 gehört nun gar nicht zur 7. Wohnungsinpektion, außerdem ist eine Wohnungsinpektion überhaupt nicht zur Genehmigung der Mietssteigerung befugt. Welches war, wie die 7. Wohnungsinpektion auf Nachfrage mittelt, Herrn Kleber auch bekannt. Die Genehmigung ist auch von der 7. Wohnungsinpektion gar nicht erteilt worden. Tatsächlich sind einige Mieter auf den Bluff hereingefallen und haben der Erhöhung des Mietzinses zugestimmt. Abgesehen davon, daß diese Verträge natürlich anfechtbar sind, erachten wir es doch für dringend notwendig, daß Herr Kleber, der in der kraßesten Weise Mißbrauch mit seinem Amt treibt, sofort von seiner Stellung entsetzt wird.

### Die mutigen Handagravieren.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ lesen wir: „In einer von den Vorstehenden der Groß-Berliner Handbesitzer-Vereine abgehaltenen Versammlung wurde einstimmig

beschlossen, allen Hausbesitzern zu empfehlen, trotz des durch die neue Verordnung bezüglich der Höchstmieten ausgesprochenen Kündigungsverbotes, die bis zum Januar kündbaren Verträge zu kündigen. Der organisierte Hausbesitz hält in Übereinstimmung mit allen juristischen Sachverständigen die Verordnung wie die der tatsächlichen Lage des Hausbesitzes völlig widersprechenden Ausföhrungsbestimmungen für ungesetzlich und wird ihnen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Obne Zweifel wird den kampfkünftigen Hausbesitzern, ebenso wie den aufständigen Junkern zum Bewußtsein gebracht werden, daß sich auch in der Republik jeder den bestehenden Verträgen zu unterwerfen hat, und daß man Mittel besitzt, die Widerspenstigen zu zähmen.

### Vom Verkehrsleiden in Groß-Berlin.

Der Eisenbahnverkehr ist auf den Stadt-, Ring- und Sorortstrecken nur zu oft „unregelmäßig“. Von Zeit zu Zeit läßt die Eisenbahndirektion die Vertreter der Presse zu sich, um durch ihre Beheimräte sie darüber belehren zu lassen, mit welchen Schwierigkeiten der Verkehr jetzt zu kämpfen hat. Zu breit angelegten Vorträgen werden uns dann Dinge auseinandergesetzt, die in Berlin so ziemlich jedes Kind weiß. Aber auf die Frage, was denn zur Beseitigung oder Milderung der Mißstände getan worden ist, bleibt man uns die Antwort beinahe ganz schuldig.

Auch gestern erlebten wir dieses Schauspiel wieder in einer Pressekonferenz, die von der Eisenbahndirektion zusammenberufen worden war. Geschehen ist, das gab man zu, sehr wenig — und an eine nennenswerte Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ist noch auf längere Zeit hinaus nicht zu denken. Es fehlt noch immer an einer ausreichenden Zahl leistungsfähiger Lokomotiven, die bei eintretender Arbeitsunfähigkeit schwer Ersatz zu beschaffen ist. Der Reparaturstand, der in Friedenszeiten gewöhnlich 17 Proz. betrug, im Kriege aber bis 44 Proz. stieg, ist erst wieder auf 40 Proz. gesunken. Das heißt: von rund 1000 für den Stadt-, Ring- und Sorortverkehr erforderlichen Lokomotiven sind 400 in Reparatur. Daß in den Eisenbahnwerkstätten, die in Doppelschichten jetzt 15 000 statt früher 8000 Leute beschäftigen, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sich gebessert hat, wurde ausdrücklich hervorgehoben. Das Verkehrsleiden ist infolge der Kriegsverluste stark mit jungen Leuten durchsetzt, an denen bemängelt wurde, daß sie „nicht in der Vorkriegszeit als Beamte erzogen worden und nicht an strenge Pünktlichkeit gewöhnt“ sind. Zugegeben wurde, daß nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die Beamten infolge der mißlichen Verkehrsverhältnisse stark verärgert sind. Soll man sich noch darüber wundern?

Als Soldat von der bayerischen Gefandtschaft tritt ein Raubzugsmittelechwindler auf, der in Groß-Berlin sein Unwesen treibt. Er erzählt den Leuten, daß die hiesige bayerische Gesandtschaft aufgelöst werde und deshalb ihre noch erheblichen Vorräte, besonders an Lebensmitteln, aber auch an Stoffen und dergleichen, abstoßen wolle. Der Mann spricht die bayerische Mundart, und das allein genügt schon, seine Erzählungen glaubhaft erscheinen zu lassen. Er versichert, daß er in der Lage sei, aus den Beständen der Gesandtschaft größere oder kleinere Mengen billig zu beschaffen. Er verlangt die leichtgläubigen Leute, ihm den Kaufpreis im voraus zu bezahlen, und läßt dann natürlich nichts mehr von sich hören. Die hocherfreuten Käufer geben, noch bevor sie irgend etwas erhalten haben, ihre billige Quelle freunden und guten Bekannten rasch weiter, und so finden sich auf der bayerischen Gesandtschaft viele Kunden ein, die auch noch von dem billigen Ausverkauf profitieren wollten. Dort erfahren sie jedoch lebhaft, daß alles Schwindel ist. Der „Soldat der Gesandtschaft“ ist etwa 36 Jahre alt und trägt feldgraue Uniform mit Wädelgamaschen.

Durch einen Ueberfall geraubt wurde in Sauerhain eine Wollkollonstasche des Regiments Rißler, die 100 000 M. enthielt. Es wird vermutet, daß sich die Räuber nach Berlin gewandt haben.

Abgabe der Umsatzsteuererklärung. Die Steuerdeputation des Registrikolles, Umsatzsteueramt, veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Abgabe der Steuererklärungen betreffend die Umsatzsteuer. Hiernach ist die Steuererklärung bis zum 31. Januar 1920 einzureichen. Für den Fall nicht rechtzeitiger Abgabe der Steuererklärung wird die Erhebung von Steuerzuschlägen bis zu 10 vom Hundert des Steuerbetrages angeordnet.

Eine Besprechung der Berliner Gastwirte mit dem Oberbürgermeister fand am Dienstag nachmittag im Berliner Rathaus statt, an der auch Bürgermeister Dr. Reide und die städtischen Lebensmitteldelegierten teilnahmen. Oberbürgermeister

## Montrose.

52] Detektivroman von Sven Eidekud.

Pol zeigte mit seinem Finger auf die Uhr.  
„Eine Minute“, rief er, „ausgezeichnet. Ich bin nicht recht in Stimmung, meine Herren, das bedaure ich, denn Sie ahnen nicht, was ich im Laufe einer Minute sagen kann. An dem vernarrten Messerlich an Ihrem Hals, Sie schwarzhaarige Wilschwein, sehe ich, daß Sie mit einem ehrenwerten Mann, den Sie wahrscheinlich bestehlen wollten, im Kampf gewesen sind. Ihr verfaultes Herz sinkt durch Ihren Atem, Sie Kloakenjohn. Ihre gräßlich langen Finger sind schmutzig von dem Futter in anderer Leute Taschen. Ihre Augen blinzeln angestrengt, weil Sie sich ausnahmsweise nicht in der Dunkelheit eines Hinterhalts befinden. Ihre Zähne, die in gestohlenen Stiefeln stecken, die Sie einem armen Schuhmacher mit sieben unversorgten Kindern entwendet haben, scheinen dazu geschaffen, anderen Fußtritte zu versehen. Sie hätten unmittelbar nach Ihrer Geburt öffentlich gehängt werden müssen. Wenn ich recht läte, so würde ich einem Freund bei der Polizei einen Brief schreiben: Hier sitze ich zusammen mit zwei Erhalunken, halte einen Galgen in Bereitschaft und teile dem Oberarzt beim Krankenhaus mit, daß gleich zwei ff. Kadaver kommen. Halt!“

Pol hob den Zeigefinger.  
„Noch zwei Sekunden“, rief er. „Es war im letzten Augenblick. Jetzt werde ich den Mund halten, meine Herren.“

Worauf er die Lippen auseinanderprekte und die Arme freigte.  
Der Revolver bedte in der Hand des Verbrechers, der vor Put zitterte. Pol beobachtete ihn neugierig und dachte: Wenn er derartig zittert, kann der Schuß leicht losgehen. Der Verbrecher lachte. Aber es war ein seltsames Lachen. Und Pol hatte recht, als er vorher fragte: Lachen Sie, oder zeigen Sie die Zähne? Harry aber, Harry mit dem Totschläger war vollständig paß über Pöls Frochheit und auf eine Weise impertent über seinen Vorrat an Schimpfwörtern. Erst sah er Pol an, der vollständig unberührt dasah und seinen Vackshuh vor der Nase seines Kameraden auf- und abwippte. Darauf sah er seinen Kameraden mit grenzenlosem Erstaunen an, als ob er sagen wollte:

„Warum lebt dieser Windhund noch?“

Laut sagte er:

„Die Zeit vergeht, Bussi.“

Bussi war also der Kosenname des Mannes mit der Stirnlocke.

Pol merkte es sich.

Bussi legte den Revolver auf den Tisch.

„Ich muß sagen, daß Sie ausgezeichnete Einfälle haben. Was aber den Brief anbetrifft, so scheinen wir uns darin ganz einig zu sein.“

„Wirklich, das freut mich.“

„Ja, ich gebe auf Ihren Vorschlag ein, daß Sie einen Brief an Ihren Freund bei der Polizei schreiben.“

„Worauf ich sofort meinen Vorschlag zurückziehe,“ sagte Pol.

Bussi stampfte wütend mit dem Fuß auf die Erde.

„Sie wollen mit Ihrem verfluchten Geschwätz Zeit gewinnen,“ sagte er, „es soll Ihnen aber nicht glücken. Hören Sie, was ich von Ihnen verlange. Ich will, daß Sie einen Brief an einen Mann bei der Polizei schreiben, Sie haben ja oder nein zu antworten, ob Sie es wollen.“

„Ich habe keine Lunte,“ sagte Pol.

„Ja oder nein!“

„Ja, zum Teufel. Haben Sie doch ein wenig Geduld, Mensch.“

„Sie haben mich lange genug aufgehalten,“ schrie Bussi wütend. „Hol die Tintenflasche von dort hinten, Harry. So, hier haben Sie Tinte. Dort liegt Papier.“

„Ich habe aber keine Feder,“ sagte Pol.

„Harry, was eine Feder auf den Tisch und benutze die Gelegenheit, um Pol eine behaarte und drohende Faust unter die Nase zu halten.“

Pol wendete das Blatt hin und her. „Soll ich auf dieser Seite anfangen oder lieber auf der andern?“ fragte er.

„Harry,“ sagte der Mann mit der Stirnlocke, „gib ihm eine Ermahnung.“

Harry schwang den Totschläger.

„Halt,“ schrie Pol, „rühren Sie mich nicht an, man schlägt keinen Menschen, der eine Feder in der Hand hält.“

Diese seltsame Behauptung hemmte wirklich Harrys primitive Energie.

Pol hielt die Feder bereit, er bläute fragend zu Bussi auf.

„Schreiben Sie,“ sagte Bussi: „Lieber Krag.“

Pol piffte durch die Zähne.

„Schreiben Sie!“ drückte Bussi.

„Erlauben Sie mir nur eine Bemerkung,“ sagte Pol geistig. „Obgleich ich kein Taschendieb, ja nicht einmal für den Galgen vorausbestimmt bin, so verfüge ich dennoch über eine gewisse Höflichkeit. Gestatten Sie, daß ich lieber Herr Krag schreibe.“

„Ja, zum Teufel, schreiben Sie meinetwegen, was Sie wollen. Also lieber Herr Krag, sind Sie fertig?“

„Lieber Herr Krag — weiter.“

„Kommen Sie sofort und ganz unbemerkt nach Nummer 32 im Hotel „Zum goldenen Bau“. Kommen Sie verkleidet und in aller Heimlichkeit. Klopfen Sie dreimal an die Tür. Ich erwarte Sie.“

„Hallo“, rief Bussi plötzlich und griff nach seinem Revolver. „Wer da?“

„Es hatte an die Tür geklopft, drei lange und drei kurze Schläge.“

„Das ist Doras Signal“, sagte Bussi. „Dessus Ihr Harry.“

Harry öffnete die Tür.

Es war Korbhorn Krag.

### XXXVII. Das Märchen ist aus.

Krag hatte richtig gerechnet. Er wußte, daß sein unerwartetes Eintreten so verblüffend auf die Gesellschaft wirken würde, daß er die wenigen Sekunden gewinnen würde, die er nötig hatte. Auch hatte er mit Pöls Geistesgegenwart gerechnet. Und er hatte sich alles in allem nicht geirrt. Kaum war er durch die Tür gekommen, als er schon mit erhobenem Revolver vor Bussi stand. Bussi wich zum Tisch zurück, um sich Pöls Revolver zu bemächtigen. Pol aber hatte ihn bereits an sich genommen und hielt damit Harry im Schach. Die beiden Verbrecher hatten die teuren Sekunden verloren, und die beiden Detektive waren ihnen jetzt überlegen. Nichtsdestoweniger aber war die Lage gefährlich und sie konnte leicht fröhlich werden, wenn die Verbrecher zu einer Verzweiflungstat griffen. Bussis Augen flackerten hierhin und dorthin nach einem Ausweg.

„Ich habe mit Ihnen zu reden,“ sagte Krag. „Lassen Sie mich nichts Unüberlegtes, denn bei der geringsten Bewegung schieße ich. Wir sind auch nicht allein.“

(Fort folgt.)





**Sozialdem. Wahlverein**  
 Berlin-Schöneberg  
 (Z. P. D.).  
 Am 18. d. Mts. verkehrt  
 im Garnison-Casarett unter  
 dem Namen  
**Karl Kahl**  
 (IX. Abteilung).  
 Ihre feinen Gedanken!  
 Die Beerdigung findet  
 am Mittwoch, den 24. d. Mts.,  
 nachmittags 2 Uhr, auf dem  
 Garnison-Friedhof, Dafen-  
 heide, statt.  
 Der Vorstand.

Am 20. Dezember werden  
 wieder öffentlich nach kurzer  
 Reuezeit unter lieber  
 Leitung  
**Johannes Marek**  
 aus Trappau  
 im vollen Alter 64. Lebens-  
 jahre.  
 Ein ehrenvolles Andenken  
 werden ihm bewahrt.  
 Die Kollegen der Nord-  
 deutschen Buchhandlung.  
 Die Einsegnung findet  
 statt am Samstag, den  
 27. Dezember, nachmittags  
 2 Uhr, im Anatomischen  
 Gerichtssaal.

Jungen gesucht!  
 Gehörte der Klasse 17, die  
 am 24. 11. 19 früh 7 1/2 Uhr ge-  
 storben waren, wie am Verber-  
 schen Markt eine Dame kurz  
 nach dem Verlassen des Wagens  
 von einem hinterkommenen  
 Führer (Brot), befestigt mit  
 3 Personen, überfahren wurde,  
 werden gebeten, sich zu melden  
 bei Otto Seams, Auguststr. 18,  
 1. Hof III.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockenfuß**  
 Friedrichstr. 125  
 Oranien-  
 burger Tor  
 Sp. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1  
 Erfolgreiche Behandlung  
 Harn- u. Blutuntersuchung

**Dr. Grütering**  
 Spezialarzt  
 Invalidenstraße 35  
 Ecke Chausseestraße am  
 Steintor Bahnhof  
 10-1, 4-8-12, Sonnt. 11-12

**Platin**  
**Silber**  
**Quecksilber**  
**Kupfer**  
**Messing**  
**Sämtl. Altmetalle**  
**Zahngelisse**  
 kauft zu  
 Schmelzpreisen  
 in unseren  
 4 Einkaufsstellen  
**Cohn**  
 1) Brunnenstr. 11  
 (am Rosenthaler Pl.).  
 2) Fennstr. 49  
 am Weddingplatz.  
 3) Bahnhofstr. 2  
 Ecke Schöneberg St.  
 am Anhalt Bahnhof.  
 4) Neukölln,  
 Kaiser-Friedrich-  
 Strasse 229  
 (nahe Hermannplatz).

**MUSIK**  
**REPARATUR**  
**WERKSTATT**  
 MUSIKALIEEN  
 INSTRUMENTE  
 SAITEN  
 BESTANDTEILE  
 GRAMMOPHONE  
 PLATTEN - NADLEN  
 PIANOS - FLÜGEL  
 HARMONIUMS  
 Reparatur - Werkstatt

**MUSIK-SCHOLZ**  
 BERLIN O 34  
 FRANKFURTER ALLEE 337  
 ALEX. 4180  
 BERLIN - LICHTENBERG  
 FRANKFURTER ALLEE 267  
 ALEX. 4180  
 BERLIN-SCHÖNEBERG  
 HAUPTSTRASSE 9  
 STEPHAN 9990

**Erfinder**  
 beehren sich zur Herstellung  
 und Verkauf ihrer Erfindungen,  
 deren eine Patentanmeldung  
 hat und Akkumulatoren  
 erzeugt u. a. Verkauf eines  
 Patenten durch unfruchtbar  
 Arbeiter für  
**850 000 M.**  
 F. Erdmann & Co.  
 Berlin, Königgrätzer Str. 71.

**Verordnung**  
 über  
**Randis-Höchstpreise im Kleinhandel.**  
 Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über den  
 Verkehr mit Rindern vom 17. Oktober 1917 (R.G.B. I S. 214)  
 in der Fassung der Verordnung vom 20. September 1918 (R.G.B. I  
 S. 1217) und vom 14. Oktober 1919 (R.G.B. I S. 1789) und der  
 dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen wird unter Auf-  
 hebung der Verordnung vom 3. Januar 1919 für den Bezirk  
 der Stadt Berlin angeordnet:  
 § 1.  
 Der Preis für Randis im Kleinhandel darf nicht über-  
 steigen:  
 für feinsten Randis M. 1,24  
 „ „ „ „ „ 1,28 für je ein Pfund.  
 Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.  
 § 2.  
 Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher  
 in der im offenen Laden üblichen Art.  
 § 3.  
 Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden auf  
 Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914  
 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914  
 (R.G.B. I S. 519) in Verbindung mit den Bekanntmachungen  
 vom 22. September 1915 (R.G.B. I S. 605), vom 23. März 1916  
 (R.G.B. I S. 183) und vom 22. März 1917 (R.G.B. I S. 250)  
 bestraft.  
 § 4.  
 Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.  
 Berlin, den 11. Dezember 1919.  
**Magistrat.**  
 Dr. Reimann.

**Bekanntmachung**  
 betreffend die Einrichtung des  
**Umsatzsteuer**  
 für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919.  
 Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und  
 des § 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden  
 die zur Einrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten  
 gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Ver-  
 einigungen in Berlin aufgeführt, die vorab zu bezeichnenden  
 Zeitungen über den Geschäftsbetrieb der Umsatzsteuer  
 für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 die  
 Pflicht haben, bis zum 1. Januar 1920 dem zuständigen Landes-  
 steuerverwaltungsbüro schriftlich einzureichen. Der Unternehmer  
 nicht nur die Warenlieferungen, sondern auch die sonstigen  
 Leistungen, insoweit diese innerhalb der gewerblichen Tätigkeit  
 liegen. Steuerpflichtig sind hiermit 1. auch Gastwirtschaften,  
 Bierwirtschaften, Speise- und Getränkebetriebe, Ver-  
 waltungsbüros, Handwerksbetriebe aller Art, insbesondere auch  
 inländische Reparaturbetriebe, Installationen und Ähnliches aus-  
 zuführen, Kleinhändler u. a. m.  
 Die Unternehmer des Gewerbetriebs gilt ferner der Betrieb  
 der Bau- und Holzindustrie, der Kleinfabrikation, der  
 des Gartenbaus, sowie der Bergwerkbetrieb. Die Arbeit der  
 Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen  
 eines Gewerbetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes.  
 Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die Steuer-  
 pflichtigen Personen von Gewerbetrieben aus dem eigenen Betrieb  
 zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen.  
 Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am  
 Ort und zur Zeit der Entnahme von Abnehmerzahlern gezahlt  
 zu werden pflegt.  
 Die Richtweisung der Erklärung sieht eine Ordnungs-  
 sache bis zu 100 Mark nach § 4.  
 Bei nicht rechtzeitiger Einreichung der Steuererklärung  
 wird ein Steuerzuschlag bis zu 10 vom Hundert des Steuer-  
 betrages festgesetzt werden.  
 Das Umsatzsteuergesetz bezieht denjenigen, der über den  
 Betrag der Entgelte wissenschaftlich unrichtige Angaben macht  
 und dadurch die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht  
 gebührenden Steuererlass erwirkt, mit einer Geldstrafe bis  
 zum zehnfachen Betrags der gezahlten oder hinterzogenen  
 Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgesetzt werden, so  
 tritt Geldstrafe von 100-100 000 Mark ein.  
 Der Verstoß ist strafbar.  
 Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vorbehalte  
 zu vermeiden, die nach Möglichkeit jedem Steuerpflichtigen sofort  
 angegeben werden. Aber auch diejenigen sind zur Ein-  
 reichung der Entgelte verpflichtet, denen ein Vorbehalt nicht  
 zugesprochen ist. Die betreffenden Vorbehalte können bei dem unter-  
 zeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.  
 Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigen-  
 falls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, un-  
 bedingt der Befehl des Umsatzsteueramts, die Einreichung  
 auf Grund schuldigener Ermittlung vorzunehmen.  
 Berlin C 25, Klempnerstr. 41, den 15. Dezember 1919.  
**Steuerdeputation des Magistrats.**  
 Umsatzsteueramt.  
 Hamburger.

**Bekanntmachung.**  
**Allgem. Ortsrententafel Berlin-Wilmersdorf.**  
**5. Nachtrag zur Auffassung.**  
 beschlossen in der außerordentlichen Versammlung vom  
 21. Oktober 1919.  
 Gebürt sind die §§ 1, 2, 4, 5, 10, 11, 14, 18, 20, 25, 26,  
 29, 30, 31, 32, 33, 34, 45, 46, 51, 52, 60, 67, 69, 80, 82, 87, 87a,  
 Berlin-Wilmersdorf, den 10. November 1919.  
 Engelhardt, Vorsitzender. Tolkmitt, Schriftführer.  
 Gensmidt  
 Charlottenburg, den 10. Dezember 1919.  
 Oberversicherungsamt Groß-Berlin.  
 Stempel  
 H. B. K. 622 B.  
 Dieser 5. Nachtrag tritt am 20. Dezember 1919 in Kraft.  
 Berlin-Wilmersdorf, den 24. Dezember 1919.  
 Der Vorstand.  
 Richard Henke, 2. Vorsitzender. Otto Tolkmitt, 1. Schriftführer.  
 Die Beiträge (§ 48) sind auf 6 Hundertstel des in § 19  
 festgesetzten Grundlohns bemessen und betragen für je eine  
 Woche für Berufstätige:  
 A. welche Sonntags nicht zur Dienstleistung verpflichtet sind:  
 bei Gehältern ohne Entgelt . . . in Stufe I = 24, -  
 einem täglichen Entgelt bis M. 2, - . . . II = 22, -  
 „ „ „ „ „ 3, - . . . III = 18, -  
 „ „ „ „ „ 4, - . . . IV = 14, -  
 „ „ „ „ „ 5, - . . . V = 10, -  
 „ „ „ „ „ 6, - . . . VI = 8, -  
 „ „ „ „ „ 7, - . . . VII = 6, -  
 „ „ „ „ „ 8, - . . . VIII = 4, -  
 „ „ „ „ „ 9, - . . . IX = 3, -  
 „ „ „ „ „ 10, - . . . X = 2, -  
 B. welche auch Sonntags zur Dienstleistung verpflichtet sind:  
 bei Gehältern ohne Entgelt . . . in Stufe I = 28, -  
 einem täglichen Entgelt bis M. 2, - . . . II = 26, -  
 „ „ „ „ „ 3, - . . . III = 22, -  
 „ „ „ „ „ 4, - . . . IV = 18, -  
 „ „ „ „ „ 5, - . . . V = 14, -  
 „ „ „ „ „ 6, - . . . VI = 10, -  
 „ „ „ „ „ 7, - . . . VII = 8, -  
 „ „ „ „ „ 8, - . . . VIII = 6, -  
 „ „ „ „ „ 9, - . . . IX = 4, -  
 „ „ „ „ „ 10, - . . . X = 3, -  
 Diese erhöhten Beiträge werden vom 20. Dezember 1919 ab  
 in Rechnung gestellt.  
 Der genaue Wortlaut der Gehaltsänderungen ist als  
 Statuten-Nachtrag gedruckt und kann vom 20. Dezember 1919 ab im  
 Fassnetel am Schalter 12 unentgeltlich gefordert werden.  
 286/14 Der Vorstand.

**Bunte**  
**Küchen**  
 von 360 Mark an  
 1- u. 2-Stuben-Einrichtungen  
**Bar oder Kredit!**  
 Große Frankfurter Str. 141  
 Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.  
 Zahlungsbedingungen nach Wunsch. Große  
 Rückzahl bei Arbeitslosigkeit u. Krankheit.  
 Kriegerrente u. Sparerziele, nehme in Zahlung

**Spezialarzt Dr. Hasché**  
 Gorchowstr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1  
 am Behnhof - Teilzahlung -  
 Friedrichstraße 90 - gebührenfrei -  
**Spezial-Behandlung Kühn** seit 1901  
 Andreasstr. 75, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Hof  
 Sprechz. 10-12, 5-7, Sonnt. geschlossen  
 Harn- und Blutuntersuchungen.

**Sehr billige Preise!**  
**Wunderbare Pelzmäntel**  
 2200, 3500, 4800  
 Plüschmäntel, beste Qualitäten, 435, 650, 875  
 Seal 1100, Mohär-Astrachan 250  
 Neueste Frühjahrskostüme, hell u. blau Gabardine 600, 850  
 Fasche Kostüme 78, 156  
 Übergangsmäntel 58 Winter 65, 98 Gummimäntel 195, 193  
 Stoffrocks 33 Seldaröcke 95, 125 Sportjacken 76, 88  
 Gesellschaftskleider in Seide, Crepe de Chine von 250 M. an  
 Tanzstundenkleider in großer Auswahl!

**Westmann**  
 1. Geschäft: Berlin W 8, 2. Geschäft: Berlin NO 18,  
 Mohrenstrasse 37 a Gr. Frankfurter Str. 115  
 Feiertage geschlossen!

**Das geeignetste Weihnachtsgeschenk**  
**vor Eintritt der Tabaksteuer!**

**Zigarren aus reinem Tabak von 75 Pf. an**  
 Zigarillos von 45 Pf. an, Schweizer Stumpfen von 60 Pf. an  
 Reiner Rauchtobak lose und in Paketen.  
 Beste Bezugsquelle für Gastwirte, Vereine u. Festveranstalter  
**Gustav Haase Nachfg., Inhaber Berlin**  
 Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38

**Speziell** in Brillanten, goldenen  
**Herren- u. Damenuhren,**  
**Gelegenheitskäufe = Schmucksachen =**  
**Fugenlose Trauringe**  
 (Jede Preisliste - Eigene Fabrikation!)  
**KOKOSKI, Berlin, Brunnenstraße 168.**

**Möbel**  
**Gelegenheitskäufe**  
 Speisezimmer, echt Eiche, 3700 an  
 Schlafzimmer, kompl. von 2700,-  
 Herrenzimmer, kompl. von 3200,-  
 Küchen in allen Farben von 500,-  
 Einzelmöbel, Kleintisch, Polstermöbel  
 große Auswahl  
 Rosenthalerstr. 8a u. 12 (Lad.)

**Höchste Preise über Tageskurs**  
 zahlt für  
**Platin-**  
 Tiegel : Schalen : Bronzestifte : Zahntafel  
 Schmucksachen : Biltzahlerstippen  
**Gold-**  
 Barren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold  
**Silber-**  
 Barren : Münzen : Abfälle : Bestecke : Löffel  
 Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903  
**Metallkontor**  
 Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138, Halesch. Tor  
 Telefon: Moritzplatz 12 888  
 Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.  
 Eigene Schmelze Direkte Verwertung.

**igarrren**  
**igarrillos**  
**igarrren**  
 Rauchtobak  
 liefert ständig  
**EXPORT u. IMPORT**  
 Berlin W 57  
 Bülowstr. 64

**PELZ-WAREN**  
 Export Engros  
**Einzelverkauf**  
 wie alljährlich preiswertes  
 Angebot in  
**Kragen, Hüften und**  
**Pelzhüten**  
**Fuchsgarnituren**  
 in großer Auswahl  
**Reparaturen u. Umarbeitung**  
 prompt und billig.  
 Ad. Abrahamsohn Nachfg.  
 261 Neue Königstr. 261

Geöffnet von 8-6 Uhr.  
**Besonders vorteilhaftes**  
**Möbel-Angebot!**  
**Speisezimmer Herrenzimmer**  
 1 Büfett Eiche 1 Bibliothek, Eiche  
 1 Kredenz " 1 Schreibisch  
 1 Ausziehtisch " 1 runder Tisch  
 6 Stühle " 1 Schreibessel  
 2 Stühle " 2 Stühle  
 Mark: 3750, 4500, 6800 etc. Mark: 3650, 4875, 6750 etc.  
**Schlafzimmer**  
 1 Schrank mit Spiegel  
 1 Waschtollette mit Spiegel und Marmor  
 2 Nachtschränke mit Marmor  
 2 Bettstellen  
 2 Patentböden  
 2 Stühle Auflegematratzen mit Keilkissen  
 1 Handtuchhalter  
 M. 2150, 2975, 3250, 4350 etc.  
**Ständig große Ausstellung**  
 von Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,  
 Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.  
 Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.  
 Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen  
 = einfacher, mittlerer und eleganter Art =  
 Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.  
**M. Schlewinsky & Co.**  
 Berlin C, Dircksenstr. 31  
 am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.

**Spezial-Behandlung**  
 Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung,  
 Bestrahlungen. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung.  
 Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.  
 Aerztliche Löser, Münzstr. 9 9-1, 4-3, Sonnt. 9-1.

**Stellenangebote**  
**Redakteur-Gesuch.**  
 Für die sozialdem. Pforzheimer Freie Presse  
 wird auf 1. Februar 1920 ein tüchtiger Redakteur ge-  
 sucht. Bewerber, welche mit den politischen Verhältnissen  
 Deutschlands vertraut sind, erhalten den Vorzug.  
 Geeignete Bewerber wollen ihre Bewerbungen unter  
 Angabe der näheren Verhältnisse und ihrer Gehalts-  
 ansprüche bis 31. Dezember 1919 an den Vorsitzenden der  
 Verfassungskommission Friedrich-Wendemann, Pforzheim, Gellert-  
 straße 8, einreichen. 220/13

**Werkzeugmaschinen-Schlosser**  
 vortrefflich als  
**Kolonnenführer**  
 von erstklassiger Präzisions- und Maschinenfabrik gesucht.  
 Gute Verfertigerführung u. Bedienung. Angebote mit  
 Lebenslauf und Angabe der Dauer der Tätigkeit bei den  
 einzelnen Firmen dem Bewerber aus Groß-Berlin er-  
 beten unter U 43 an die Hauptpoststation des „Vorwärts“.

**Tüchtige Ziseleure**  
 für Figuren und Modelle stellt sofort ein  
**Max Bernhardt & Co. G.m.b.H.,**  
 Bronzekunst-Werkstätten,  
 NO 55, Prenzlauer Allee 36.  
 Handelshaus sucht regelmäßige oder gelegentliche  
**Bezimmerhalter (Handels-Korrespondenten,**  
**Verbandssekretäre, Reisende, Vertreter)**  
 über die Geschäftsführung (Allgem. Statuten, Arbeitsverhältnisse,  
 Erweiterungen, Erfindungen, Forderungen) in sämtlichen Industrie-  
 zweigen und einzelnen Fabriken. Anfragen unter 110 504 an  
 Gauselstein & Vogler, Berlin W 25. 84/1

**Tüchtiger Redakteur**  
 für neugegründete Partei-  
 zeitung möglichst sofort  
 gesucht. Offerten mit Ge-  
 haltsangabe an die Haupt-  
 expedition des „Vorwärts“  
 unter R. 43. 223/1

**Oberreisende**  
 für Berlin, Bonn u. Familien-  
 zeitung gesucht. Angebote u.  
 u. N. Z. 40 an Gauselstein  
 & Vogler, Berlin W 25.

**Reisende**  
 sucht Zigarettenlager  
 Bergmannstr. 1.  
**Schreibmaschinen-  
 Mechaniker**  
 erfahrener, selbständig, mit  
 allen Systemen eingehend ver-  
 traut, bei hohem Lohn in selbst-  
 ständige leitende Stellung ge-  
 sucht. H. M. Schmidt & Co.,  
 Schöneberg, Hauptstr. 36,  
 Eintritt per 1. Januar. 223/1

**Stellengesuche**  
**Redaktions-  
 Volontär.**  
 Geheilt. 23 Jahre, fünf  
 Oberprima, wünscht Eintritt  
 in Parteibüro ab 1. Januar 1920.  
 Gediegene Entlohnung er-  
 wünscht.  
 Aufschreiben unter A. 62 Th.  
 ersten an Gellertstraße „Wo-  
 worts“, Postfach 26.



# Gewerkschaftsbewegung

## Ausführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vor einigen Tagen fand die dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Es war eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die vorgesehenen drei Sitzungstage nicht ausreichten, und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anlässlich der Delegation zur internationalen Arbeitskonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen im neupolnischen Gebiet, von den Sühnungen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmungen, über Einstellung von Arbeiterkontrollen bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anknüpfungsfälle an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirks-Unterrichtskurse und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

### Über die Zentralarbeitsgemeinschaft

gab Cohen noch ein besonderes instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausführungsregelung eingehend behandelte. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenschifffahrt. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz in Washington legte Graumann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuh stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausschreiben der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beamten für die Bearbeitung der Anknüpfungsfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltung- und Lohnstatistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500 000 Mark bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

### Infolge von Klagen über

### Terrorismus und Organisationszwang

hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedensten Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Über den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschuhführung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuh eingesetzte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuh beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Über die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuh war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Von Seiten eines Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt, die der Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuh stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann berichtete G. Müller über die seitherigen Verhandlungen im Ausschuh der Nationalversammlung für das

### Betriebsrätegesetz

die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuh die Herabgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

### Die Arbeitsprüfung der Tarifverhandlungen

Kann nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1918 noch zuständigen Demobilisationskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der getroffenen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilisation beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifverhandlungen in Anwendung gekommen. Ueber die Zulässigkeit und Richtigkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissell für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Neumann (Hohlarbeiter) mit großer Energie der gegenständige Standpunkt vertreten. Der Ausschuh fällt einen Entscheid über diesen Zwischenfall nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Beilegung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

### Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen

über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines 16seitigen Heftchens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuh stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Correspondenzblattes“ ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Jansson, der als Sozialattaché in den Dienst der schwedischen Botschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuh den bisherigen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, August Quist, in Stuttgart. Dem Genossen Jansson widmeten Graumann und Steubinger warme Abschiedsworte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerkschaftswissenschaften in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Genossen Reibholz-Frankfurt zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuh bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 Mark.

In den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauenkursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollen, wurde ein Beitrag von 5000 M. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Sodann beschloß der Ausschuh die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterschaft Deutschlands im Ausland. Es sollen Sammlungen für die deutschösterreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittelt werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen

### Kohlen- und Materialmangel

unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Drittelung des Schadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber und von der Erwerbslosenfürsorge ersetzt bekommen.

Bei Erledigung mehrerer Ansuchen wurde dem Anschuh der Internationalen Artistenloge an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Loge steht auf gewerkschaftlichem Boden und zählt etwa 4000 Mitglieder.

Abgelehnt wurde der Anschuh des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Anschuh des Allgemeinen Schweizerbundes wurde versagt, weil dieser sich weigert, mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Anschuh des Verbandes der Volkereisachleute wurde abgelehnt, weil dieser den bestehenden Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband gebrochen hat. Der Anschuh-antrag des Meisterverbandes der Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen einzuziehen.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Hilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschuhführung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsnotopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

### Der neue Tarif im Kohlengroßhandel.

Die erste Sitzung mit den Arbeitgebern im Berliner Kohlenhandel fand am 23. Dezember des neuen Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten am 23. d. M. statt. Auf Arbeitnehmerseite waren zu den Verhandlungen der Zentralverband der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände von den Arbeitgebern eingeladen worden.

Sofort bei Beginn der Verhandlung erklärte der Verbandsvertreter des Gewerkschaftsbundes Walz vom Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverband, daß er mit dem Zentralverband gemeinsam nicht verhandeln könne, bevor nicht der Vertreter des Zentralverbandes Jungblut einige von ihm gewünschte Erklärungen abgibt. So z. B. wünschige Walz im Beisein der Arbeitgeber die Erklärung, daß der Deutsche Handlungsgesellenverband keine Schutztruppe des Kapitals sei. Jungblut erwiderte darauf, der Zentralverband habe noch niemals die Behauptung aufgestellt, daß der Deutsche Handlungsgesellenverband im Berliner Kohlenhandel eine Schutztruppe des Kapitals sei. U. a. wollte Walz auch vom Vertreter des Zentralverbandes die Erklärung haben, daß der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände eine Gewerkschaft ist. Jungblut erklärte darauf auch um des lieben Friedens willen, daß der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände eine „Gewerkschaft“ sei, aber keine freie Gewerkschaft. Mit dieser Erklärung gab sich Walz sonderbarerweise nicht zufrieden, trotzdem doch seinem Wunsche, die Verhandlungen nicht zu verschleppen, in jeder Weise entgegengekommen war und er ja auch selbst wiederholt erklärte, daß der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände gar keine freie Gewerkschaft sein will. Walz machte den Fortgang der Verhandlungen dadurch unmöglich, daß er erklärte, unter diesen Umständen könne er nicht weiter verhandeln. Die Arbeitgeber schlossen sich bedauerlicherweise der Meinung des Herrn Walz an und brachen die Verhandlungen ab.

Die Angestellten wissen es nun, wem sie die Verschleppung der Tarifverhandlungen zu verdanken haben. Allein aus verbandsoptimistischen Gründen geteilt hier der Gewerkschaftsbund einen Streit an. Außerordentlich tief zu bedauern ist es nur, daß die Angestellten des Kohlengroßhandels bei dem von Walz hervorgerufenen Streit, der mit dem neu abguschließenden Tarif nicht das mindeste zu tun hat, die allein Geschädigten sind. Ein derartiges Vorgehen ist in einer Zeit wie der heutigen, wo es gilt, dem Kapital gegenüber alle Kräfte anzuspinnen, auf das allerschwächste zu beurteilen. Vielleicht lernen die Angestellten jetzt ihre Vertreter besser kennen.

### Kündigung des Lohnariffs der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Den „P. P. R.“ wird aus Essen gemeldet: Wegen der anhaltenden Teuerung und des Steigens der Brot- und Kartoffelpreise haben die Bergarbeiterverbände den Lohnarif zum 31. Januar 1920 ordnungsgemäß gekündigt. Die neuen Tarifverhandlungen werden zu Beginn des Januar einleiten.

### Industrieorganisation in dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Zwischen den Verbandsvorstehenden der Brauerei- und Mühlenarbeiter, des Bäderverbandes, der Gastwirtschaftlichen und des Fleischerverbandes fand kürzlich in Berlin eine Aussprache über einen zu schaffenden Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiterverband statt.

Einigkeit bestand darüber, daß die Entwicklung der heutigen Zeit dahin geht, große leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Für das Nahrungsmittelelgerwebe ist eine derartige Organisation aber nur dann zustande kommen, wenn alle in Frage kommenden Berufsgruppen sich an einer Schaffung eines Industrieverbandes beteiligen. Die Vertreter der vier Verbände erklärten sich im Prinzip damit einverstanden, daß für das Nahrungsmittelelgerwebe eine Industrieorganisation geschaffen wird. In der ersten Hälfte des Monats März soll eine offizielle Konferenz der vier in Frage kommenden Gewerkschaften sich mit der Schaffung eines Industrieverbandes befassen.

### Die Bewegung der Verkehrsbediensteten Groß-Berlins.

Nachdem im Laufe voriger Woche die Forderungen der Verkehrsbediensteten eingereicht waren, sollte am Freitag, dem 12. Dezember, zum ersten Male darüber verhandelt werden. Da plötzlich wurden durch folgenden Zwischenfall die Verhandlungen unendlich gemacht. Ohne von irgendeiner Seite beauftragt zu sein, oder an der Einreichung sich zu beteiligen, vertrat plötzlich eine im Hochbahnbetriebe eine Anzahl von Mitgliedern zählende Vereinigung sich mit an den Beratungstisch zu setzen. Es handelt sich um den nicht in diesem Bereich stehenden „Privat-Eisenbahnerverband“ unjünglichen Angedenkens.

Die Arbeitnehmervertreter lehnten es ab, Leute zur Verhandlung über eine Angelegenheit zuzulassen, an deren Vorbereitung sie nicht beteiligt waren und deren Eingreifen für die Arbeitnehmer stets verhängnisvolle Folgeerscheinungen nach sich zogen. Die Arbeitgeber hingegen waren voller Verständnis und Rücksicht für diese Vertreter. Dem unbefangenen Produktor drängte sich ohne weiteres die Ueberzeugung auf, daß das Einbringen von irgendeiner ungeschicklichen Stelle angebracht und gerechtfertigt sein müßte. Der Erfolg war, daß ein Verhandeln unmöglich wurde; sehr zum Schaden der auf Befriedigung ihrer Forderungen sehnsüchtig wartenden Bediensteten der Verkehrsbedriebe.

Alle Kräfte sind also am Werke, um die Arbeitnehmer an der Vertretung ihrer Interessen zu hindern.

Dieses ist auch in den Kreisen der Bediensteten in vollem Umfange erkannt worden. Eine Volksversammlung des Betriebsbezirks der Hoch- und Untergumbahn nahm nach lebhafter Aussprache folgende Entschlußung an, in der härtesten Protest gegen das unerbittliche Eindringen der Angestellten des Hochbahnbetriebs in die Verhandlungen der freien Verbände mit den Arbeitgebern erhoben wird. Die Versammelten erklärten, daß sie es ablehnen, von der Hochbahn vertreten zu werden und billigen vollständig die Maßnahmen der freigewerkschaftlichen Verhandlungsteilnehmer. Weiter fordern sie, daß die Verhandlungen von den freien Verbänden, unter Ausschaltung der Hochbahn, sofort wieder aufgenommen werden.

Diese Entschlußung fand auch von der übrigen Arbeiterschaft der Hoch- und Untergumbahn und der gesamten Funktionäre des Verkehrsbezirks einstimmige Annahme. Weiter wurde erklärt, daß nur die wirkliche Kollage die Ursache der Verschiebung nach Verbesserung ist und die tendenziöse Darstellung die härteste Beurteilung erfährt.

### Die Lohnbewegung der Angestellten in der Lederwirtschaft.

Am 22. Dezember fand eine Sitzung der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsfunktionäre der Lederwirtschaft statt.

Da der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels keine im Sinne der Resolution befriedigende Antwort gegeben hatte, wurde auf den Kreisen der Berufsfolger der Antrag gestellt, am 23. Dezember vormittags die Streikparole für die gesamten Betriebe der Lederwirtschaft herauszugeben. Dem Antrag wurde von allen Seiten lebhaft zugestimmt. Mit großer Mühe gelang es den Verbandsvertretern, den Antrag zur Vertagung zu bringen, da es nicht für zweckmäßig angesehen werden kann, während der Dauer eines Tarifvertrages in den Ausnahmestadium zu treten. Erst nach einer längeren und sehr lebhaften Aussprache kam der Beschluß zustande, den Antrag auf Proklamierung des Streikes auf die Tagesordnung der nächsten Funktionärerversammlung zu setzen, da bis dahin der Tarifvertrag abgelaufen ist.

Entsprechend diesem Beschluß wird also die Arbeit während der Dauer des Tarifvertrages bis 31. Dezember durch Arbeitsverweigerung nicht unterbrochen. Die Betriebsfunktionäre und die Angestellten der Lederwirtschaft werden Anfang Januar erneut zusammenzutreten, um zu der Frage des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Die Hochgruppenleitung.

### Angestellte der Heeresbetriebe und Verwaltungen.

Hochgruppe B (Siebenerausshuh). Die Angestellten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die „Interessengemeinschaft der Arbeitsausschüsse der Angestellten der Reichsministerien, der Reichsautobehörden und der Wirtschaftsausschüssen (ehemal. Kriegsorganisations) Berlin W. 35, Potsdamer Straße 21“ mit der aus Wahlen hervorgegangenen alleinigen Angestelltenvertretung, dem Siebenerausshuh, Hochgruppe B, nichts zu tun hat. Hinter dem schönen Titel verbirgt sich einzig und allein Herr Lindig vom ehemaligen 14er Ausschuh, der sich anscheinend bemüht, eine unter den heutigen Verhältnissen geradezu verberbliche neue Zersplitterung innerhalb der Heeresbetriebe herbeizuführen. In diesem Boogen wird er leider von einer Anzahl Kollegen, die aus irgendwelchen Gründen in der rechtmässigen Interessensvertretung der Heeresbetriebe keine Rolle spielen konnten, weil die Arbeit der Angestellten sie nicht wählte, unterstützt.

Der Siebenerausshuh war durch besondere Umstände noch nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Neuwahl festzusetzen. Die Neuwahl der Interessensvertretung der Angestellten der Heeresbetriebe findet bestimmt in den ersten Tagen des Monats Januar statt. Die in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände organisierten Angestelltenausshuhmitglieder und Vertrauensleute sind zu einer wichtigen Besprechung zu Montag, den 29. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, in die Moroskale, Vellandierstr. 21, geladen.

Die Angestellten haben es wieder in der Hand, sich selbst ihre Interessensvertretung zu bilden, und sind nicht darauf angewiesen, das Bureau einer Sonderorganisation zu finanzieren.

Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Montagssitzung in den Moroskale, Vellandierstr. 21, unbedingt besucht werden muß.

Beglaub. für den redaktion. Teil: Walter Alder, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einheitsz. 2. Preis 1 Blatt.

**M. Schulmeister**  
Dresdener Str. 4 BERLIN SO. Kottbuser Tor

**Herrn-Mister**

**Sport-Pelze**

**Straßen-Anzüge**

**Die Nase Mk. 48,50**